

# Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 1/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



**1.841 MAL  
"NEIN"  
ZUR  
ABFALLSATZUNG  
DES LANDKREISES**

Am Donnerstag, dem 9. November, übergaben die Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion, Waltraud Klarner, der Geschäftsführer der Fraktion, Martin Mailach sowie der Vorsitzende der Ortsgruppe Treuen-Lengenfeld, Peter Jattke 1.841 Unterschriften von Vogtländerinnen und Vogtländern gegen die im Juni beschlossene Abfallsatzung.

In der von der Kreistagsfraktion und dem gesamten Kreisverband der LINKEN getragenen Petition an den Landrat fordern die Unterzeichner, dass der Landrat seiner Informations- und Unterrichtungspflicht und dem Umweltinformationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger entsprechend noch im Herbst beginnend Informationsveranstaltungen im gesamten Vogtland durchführt, auf denen mit der Bevölkerung die Satzung beraten wird und Anregungen, Hinweise und Kritiken von dieser eingebracht werden können.

Auf Grundlage dieser Anregungen und Hinweise ist die Abfallwirtschaftssatzung zu überarbeiten und erneut dem Kreistag zusammen mit der Abfallgebührensatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Übergabe an den Landrat am 9.

November gestaltete sich insofern schwierig, da der Landrat trotz Ankündigung selbst nicht zugegen war. Im Vorzimmer des Landrates wehrte sich seine Sekretärin gegen die Entgegennahme des Stapels der Unterschriften. Am Ende nahm sein Referent, Karsten Kramer, die knapp 2.000 Unterschriften entgegen.

Eine Reaktion des Landrates gab es bis zum Erstellen des Artikels am 14. November noch nicht. Laut Landkreisordnung § 11, Abs. 1 ist der Landrat verpflichtet, in angemessener Frist, spätestens aber nach 6 Wochen einen begründeten Bescheid zu erteilen. Ist dies innerhalb von 6 Wochen nicht möglich, ist ein Zwischenbescheid zu erteilen.

Unabhängig von seiner Reaktion wird die Kreistagsfraktion die völlig inakzeptable Antwort der Landesdirektion auf ihre Anfrage hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Satzung beim Innenministerium eskalieren lassen. Die Landesdirektion hatte mit einem Hinweis auf das Neutralitätsgebot eine Detailauskunft gegenüber der Kreistagsfraktion abgelehnt und im selben Schreiben festgestellt, dass keine, das Gesetz verletzende Tatsachen ersichtlich sind. Auf unsere detaillierten Be-

gründungen geht sie mit keinem Wort ein.

Die Kreistagsfraktion wird darüber hinaus prüfen, ggf. einen Antrag zu stellen, die Abfallsatzung erneut auf die Tagesordnung des Kreistages zu setzen, was die Geschäftsordnung nach 6 Monaten der Beschlussfassung zulässt.

Am 16. November wird im Abfallausschuss erstmalig das Thema Gebührensatzung in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden. Ich werde den Landrat darauf hinweisen, dass Transparenz bei der Erarbeitung der Gebührensatzung nicht nach „Laune“ geltend gemacht werden kann sondern nach § 10 Abs. 2 LKrO. Darin heißt

es: „Über Planungen und Vorhaben des Landkreises, die für seine Entwicklung bedeutsam sind oder die die sozialen, kulturellen, ökologischen oder wirtschaftlichen Belange seiner Einwohner berühren, sind die Einwohner frühzeitig und umfassend zu informieren.“

*Henry Ruß, Stell. Fraktionsvorsitzender*

## CLARA-ZETKIN FRAUENPREIS 2018

DIE LINKE lobt anlässlich des Frauentages 2018 zum achten Mal den mit 1.500 Euro dotierten Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden. Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützig Engagement

von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Ob als Nobelpreisträgerinnen oder Krankenschwestern, als Musikerinnen oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld - Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke. Der Clara-Zetkin-Preis wird auf diese Lücke verweisen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen. Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

Mit dem Preis wird ein aktuelles Projekt oder eine Initiative einer Frau ausgezeichnet. Es können sich Fraueninitiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden.

Bewerbungsschluss ist der 11. Februar 2018, weitere Informationen findet man unter:

[www.die-linke.de/themen/frauen/clara-zetkin-frauenpreis/2018/](http://www.die-linke.de/themen/frauen/clara-zetkin-frauenpreis/2018/)

## DIE LANDESGRUPPE HAT SICH KONSTITUIERT

Die Landesgruppe ist geschrumpft, von acht auf sechs Abgeordnete. Das trübt die Freude über das Direktmandat, das Sören Pellmann in Leipzig erringen konnte. Vor allem aber bedeutet es, dass neue Lösungen gefunden werden müssen, um unsere Strukturen gerade im ländlichen Raum zu erhalten. Denn neben dem Vogtland, Mittelsachsen und Teilen der Lausitz, die schon lange keinen eigenen Bundestagsabgeordneten mehr haben, sind jetzt noch das Erzgebirge und Nord-sachsen sowie das Leipziger Land ohne eigenen MdB dazugekommen.

Die konstituierende Sitzung der Bundestagsgruppe fand am 21. November im Beisein unserer neuen Landesvorsitzenden Antja Feiks und unserem neuen Landesgeschäftsführer Thomas Dudzak statt, außerdem war der langjährige Landesgruppenkoordinator Marko Forberger dabei. Zum Sprecher und Geschäftsführer der Landesgruppe wurde mit großer Mehrheit Sören Pellmann gewählt. Er ist zwar neu im Bundestag, hat aber durch seine verschiedenen Funktionen innerhalb der Partei (Ortsvorsitzender, Schiedskommission, Stellvertretender Stadtvorsitzender Leipzig, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat) ordentlich politische Erfahrung. Die weiteren Mitglieder der Bundestagsgruppe sind André Hahn, Katja Kipping, Caren Lay, Michael Leutert und Sabine Zimmermann.

In der Sitzung wurde ebenfalls beschlossen, dass die Verträge der aktuellen Landesgruppen-Mitarbeiter bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode verlängert werden.

Die Strukturfragen konnten zunächst nur andiskutiert werden. Jedoch ist es das erklärte Ziel von Antje Feiks und

Thomas Dudzak, dass bestehende Strukturen der vormaligen Landesgruppe und der ausgeschiedenen MdB nicht voreilig aufgegeben werden. Bis zum Ende des 1. Quartals 2018 sind alle angemeldeten Bedarfe (das betrifft u.a. das Büro in Plauen, aber auch Torgau, Borna, Rochlitz, Meißen, Limbach-Oberfrohna, das Interim in Leipzig sowie einen Büroersatz in Marienberg) gesichert. Darüber hinaus werde man sich in Absprache mit den Bundestagsabgeordneten um tragfähige Lösungen bemühen, die den Erhalt der Strukturen sichert, aber gleichzeitig noch finanzielle Spielräume für die politische Arbeit der Landesgruppe lässt.

Das ist eine große Herausforderung, vor der wir alle gemeinsam stehen. Für die Landesgruppenmitarbeiter bedeutet es, dass sich die von ihnen zu betreuenden Gebiete vergrößern werden, im speziellen Fall kommt wahrscheinlich zum Vogtland das Erzgebirge hinzu, erste Verbindungen sind geknüpft. Mittelsachsen soll durch Marko Forberger verstärkt werden. Welche Abgeordneten für welche Gebiete zusagen die Patenschaft übernehmen, wollen sie unter sich und in Abstimmung mit dem Landesvorstand noch klären.

Veranstaltungswünsche und Themen können aber schon jetzt an uns herangetragen werden, denn natürlich machen wir weiter! Für Anregungen und Ideen bin ich telefonisch unter 0176 / 24 85 28 58 zu erreichen oder nach Absprache im Büro in der Bahnhofstraße 49 in Plauen.

*Katrin Pritscha Regionalmitarbeiterin  
Landesgruppe*



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

**Jetzt abonnieren!**

deutsche Ausgabe  
12 Ausgaben/Jahr  
**ab 18 €**

[www.jungewelt.de/granma](http://www.jungewelt.de/granma)

## DIE AG KOMMUNALABGABEN BEENDET IHRE ARBEIT

... zumindest vorläufig!

2014 löste sich die Bürgerinitiative (BI) Kommunalabgaben Göltzschtal auf. Da wir wussten, dass es noch Beratungsbedarf insbesondere bei Bau oder Umrüstung von Kleinkläranlagen auf Vollbiologie bzw. bei der Errichtung abflussloser Gruben im Vogtland gab, gründeten einige Mitglieder der BI im gleichen Jahr die Arbeitsgruppe (AG) Kommunalabgaben beim Kreisvorstand Vogtland der Linkspartei.

In den Jahren 2014 bis 2016 haben wir viele Gespräche geführt, im vergangenen Jahr hat uns allerdings niemand mehr um Hilfe gebeten: Die Verwaltungen haben den Bau der gesetzlich geforderten Abwasseranlagen durchgesetzt, neue allgemeine Probleme, bei deren Lösung wir helfen könnten, sind uns nicht bekannt. Deswegen hat unsere Arbeitsgruppe beschlossen, ihre Arbeit zu beenden. Zumindest vorläufig! Mit Fragen und Anliegen zur Abwasserbeseitigung können sich alle Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich weiterhin jederzeit an den Kreisvorstand Vogtland der Partei DIE LINKE oder an das BürgerInnenbüro unserer Abgeordneten Janina Pfau wenden. Sollten sich künftig bei der Abwasserbeseitigung neue rechtliche Probleme ergeben, die einen größeren Kreis von Vogtländern betreffen, sind wir selbstverständlich bereit, eine neue Arbeitsgruppe zu gründen.

Was waren die Grundsätze unserer Arbeit?

Wir waren bestrebt, das jeweils Machbare durchzusetzen. Das setzte voraus, geltende Gesetze und verbindliche Verwaltungsvorschriften zu kennen. Wir mussten erkunden, ob es innerhalb dieser Vorschriften Räume für Einzelfallentscheidungen gibt, die Betroffenen helfen könnten.

Wir haben versucht, sie über die geltenden Rechtsvorschriften aufzuklären, und haben mit ihnen besprochen, wie wir sie im Rahmen der Vorgaben

unterstützen können. Wenn wir Möglichkeiten sahen, haben wir uns in Briefen und Anträgen an die Untere Wasserbehörde des Landratsamtes und den Abwasserzweckverband ZWAV gewandt und in Gesprächen mit Vertretern der Ämter um Erleichterungen für Betroffene ersucht. Häufig mit Erfolg.

Was konnten wir erreichen?

Wir konnten einige Bürgerinnen und Bürger, die Sozialhilfe oder Hartz IV beziehen, informieren, dass das Sozialamt bzw. das Jobcenter die Kosten für Wartung und Leerung abflussloser Gruben übernimmt, wenn im Rahmen der Kosten der Unterkunft dafür noch Raum ist. Da es meist Einzelpersonen oder Ehepaare auf dem Land betraf, die ein Eigenheim besitzen, also keine Miete zahlen müssen, und in den betreffenden Fällen auch keine hohen Kreditzahlungen zu leisten waren, war das eine akzeptable Lösung. Natürlich

übernehmen die genannten Ämter auch die Kosten für Wartung und Leerung vollbiologischer Kläranlagen für Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfänger. Da die Herstellung einer abflusslosen Grube gegenüber der Neuanschaffung oder der Umrüstung einer Kläranlage auf den Stand der Technik sehr preisgünstig ist und eine vollbiologische Kleinkläranlage nur effektiv bei mehr als zwei Personen funktioniert, war die Entscheidung für eine abflusslose Grube in mehreren Fällen die beste Lösung.

In einigen Fällen konnten wir eine Terminverschiebung erwirken: Ein betroffenes Ehepaar z.B. erhielt bis Ende 2015 - dem Termin für die erforderliche Umrüstung - Hartz IV, erwartete aber für die Jahre danach eine relativ günstige Rente. Der rechtzeitige Abschluss des Bauvertrages sicherte das Fördergeld und verhinderte eine Bußgeldforderung.

Einem Kleinbauern, der die Informationen der Ämter nicht richtig verstanden hatte, konnten wir an unsere Landtagsabgeordnete Janina Pfau verweisen: Er hatte zwar fristgemäß einen Bauantrag gestellt, aber versäumt, einen Antrag auf Fördermittel einzureichen und wusste nicht, dass das Bauunternehmen den Förderantrag gestellt hatte. Janina kümmerte sich erfolgreich um Klärung und bei der Sächsischen Aufbaubank um schnelle Bearbeitung.

Warum konnten wir nicht allen helfen, die Hilfe erbaten?

In Gesetz und Verwaltungsvorschriften, die vollbiologische Kleinkläranlagen bzw. abflusslose Gruben ab 2016 forderten, sind zwar Ausnahmen genannt, die dafür geforderten Kriterien trafen aber auf keinen der Fälle zu, mit denen wir konfrontiert wurden.

Leider hatten Bürgerinitiativen - auch durch Veröffentlichungen im Internet - durch Falschmeldungen Hoffnungen geweckt, dass vollbiologische Kleinkläranlagen nicht nötig seien, da es gar keine gesetzliche Vorschrift dafür gäbe und nur Sachsen hier vorpresche. Da das aber nicht zutraf, haben sie den Betroffenen einen Bärendienst erwiesen! Diesen hätte geholfen, wenn die vielen Bürgerinitiativen gegen vollbiologische Kleinkläranlagen, die sich um diese Zeit in ganz Sachsen gebildet hatten, gemeinsam, mit Nachdruck und öffentlich wirksam um höhere Fördergelder gekämpft hätten! Dafür hatte sich unsere AG Kommunalabgaben bei Bürgerinitiativen eingesetzt, allerdings vergeblich.

Ganz besonders möchte ich Gertraude Reichstein danken, die besonders schwierige Gespräche gemeinsam mit mir führte!

*Dr. Dorothea Wolff*



**Für eure Artikel!**

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)





## AN DIE MITGLIEDER DER LINKEN

### Mitgliederbrief der Vorsitzenden

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben im 10. Jahr unserer Existenz als DIE LINKE das zweitbeste Ergebnis unserer Geschichte erreicht. Das ist ein großer Erfolg. Wir haben bei diesen Wahlen gezeigt, dass wir flächendeckend, auch im Westen und im konservativeren Süden, über 5 Prozent liegen. Bei jüngeren Wählerinnen und Wählern sogar bei 11 Prozent. Das zeigt, wir sind eine bundesweite Partei mit guten Zukunftsperspektiven. Ohne Euren Einsatz wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Habt dafür vielen Dank!

Die Freude über diesen Erfolg verstellt uns aber nicht den Blick darauf, dass die Gesellschaft nach rechts gerückt ist. Der neu gewählte Bundestag spiegelt das wider. Erstmals seit Jahrzehnten ist dort eine rechtspopulistische und in Teilen faschistische Partei vertreten. Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche für die schwarze Ampel aus CDU/CSU, FDP und Grünen ist die Situation offen. Am wahrscheinlichsten sind nun eine Fortsetzung der großen Koalition oder eine Minderheitenregierung, aber auch Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen. Wir bereiten uns auf alle Möglichkeiten vor und gehen selbstbewusst in die nächsten Wochen. DIE LINKE ist gut aufgestellt. Allein in diesem Jahr sind mehr als 7.800 Menschen Mitglied der LINKEN geworden, zwei Drittel von ihnen sind jünger als 35 Jahre. Wir heißen euch herzlich willkommen! Ihr seid herzlich eingeladen, die Partei aktiv mitzugestalten. Dafür machen wir auch als Parteivorstand konkrete Angebote.

#### Für eine linke Alternative

Dies sind gute Voraussetzungen, um als demokratische und aktive Mitgliederpartei für unsere Positionen zu streiten: In den Betrieben, in den Stadtvierteln, auf der Straße, in den Universitäten, in den Parlamenten und überall sonst, wo wir sind. Das ist nötiger denn je. Wir haben erlebt, wie wenig im Wahlkampf und danach in den Medien über drängende soziale, ökologische und friedenspolitische Themen gesprochen wurde. Es ist an uns, sie auf die Tagesordnung zu brin-

gen.

Als einzige im Bundestag vertretene Partei streitet DIE LINKE gleichermaßen für soziale Gerechtigkeit und die Umverteilung von Reichtum. Wir setzen uns ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, für gute Löhne und Renten, damit alle genug zum Leben haben. Wir wollen, dass Arbeit gerechter verteilt wird und mehr Zeit für Familie, Freunde und Erholung bleibt. Eine Wochenarbeitszeit, die um die 30 Stunden kreist, ist sinnvoll und machbar. Arbeit kann gerechter verteilt werden zwischen denen, die überlastet sind und denen, die erwerbslos sind oder ungewollt in Teilzeit arbeiten – und auch zwischen Frauen und Männern. Wir wollen den sozial-ökologischen Umbau voranbringen, denn bereits jetzt sind Millionen Menschen weltweit von den Folgen des Klimawandels betroffen. Wir wollen das Asylrecht wieder herstellen und Fluchtursachen ernsthaft bekämpfen. Auch deswegen wollen wir Waffenexporte verbieten und setzen wir uns für eine friedliche Außenpolitik ein. Wir stimmen konsequent gegen Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr.

#### Klare Kante gegen Rassismus

In Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks ist der Kampf gegen rechts eine zentrale Aufgabe für DIE LINKE. Wir werden uns der AfD und ihrer rassistischen Hetze in den Parlamenten und auf der Straße entgegenstellen. Unsere Alternative heißt Solidarität. Protest ist unersetzlich, doch das allein reicht nicht aus. Deshalb müssen wir überall, wo wir sind, klare Kante gegen rassistische, nationalistische und chauvinistische Positionen zeigen. Wir dürfen den Rechten nicht den öffentlichen Raum überlassen, sondern müssen dagegenhalten.

Gleichzeitig müssen wir daran arbeiten, der AfD den sozialen Nährboden zu entziehen. Die unsoziale Politik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass der Alltag für viele zur Zumutung geworden ist. Nach 25 Jahren neoliberaler Politik glauben viele nicht mehr daran, dass sich ihre Situation verbes-

sern kann. Ihnen müssen wir ein politisches Angebot machen. Dazu ist es notwendig, konsequent für soziale Politik zu kämpfen. Doch DIE LINKE muss auch vor Ort verankert, sichtbar und erlebbar sein – gerade in Vierteln, in denen sich Parteien sonst kaum blicken lassen. Eine linke Partei darf die Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Menschen in den ärmeren Stadtteilen niemals aufgeben. Bereits seit letztem Jahr sind LINKE-Mitglieder in vielen Städten in die Nachbarschaften gegangen, um an der Haustür darüber ins Gespräch zu kommen. Wir haben Modellprojekte in sogenannten sozialen Brennpunkten gestartet, in denen Mitglieder vor Ort gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern Protest organisieren. Wir haben vor der Erstellung des Bundestagswahlprogramms Veranstaltungen organisiert, um zu hören, was Interessierte aus befreundeten Initiativen und Organisationen, aber auch die Mitglieder von der LINKEN erwarten und was sich aus ihrer Sicht dringend ändern muss.

In den letzten Wochen gab es in der Partei aber auch Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik und den Umgang mit den Rechten. Beim letzten Parteitag und im Parteivorstand haben wir dazu klare Positionen beschlossen. Wir verteidigen das Recht auf Asyl und die Perspektive der Bewegungsfreiheit. In der politischen und medialen Debatte werden Menschen gegeneinander ausgespielt. Als LINKE ist es unsere Aufgabe, die wirklichen Ursachen zu benennen. Wir machen klar, dass Fluchtursachen und nicht Geflüchtete das Problem sind. Wir wollen eine soziale Offensive für alle. Denn schon lange bevor viele Menschen nach Deutschland flüchten mussten, gab es zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu geringe Löhne, zu wenige Arbeitsplätze.

Die Auseinandersetzungen darüber in der Partei drehten sich zu stark um Personen. Die Debatte hat gezeigt: Wir zerren aneinander, weil wir uns gegenseitig von der richtigen Richtung überzeugen wollen. Wir sollten die Kontroversen in der Sache führen und dabei nicht den medialen Theaterdon-



ner bedienen, sondern in den Gremien der Partei diskutieren. Neben den Orten und Gremien, die dafür vorgesehen sind, planen wir für die nächsten Monate weitere Foren, um diese Diskussionen unter Beteiligung vieler Mitglieder weiter zu führen.

#### **Mitreden und mitmachen**

Wir schaffen in den nächsten Monaten viele Möglichkeiten, um mit euch ins Gespräch zu kommen und aktiv zu werden. Bereits im Dezember finden Massentelefonkonferenzen statt, zu denen alle Neumitglieder eingeladen sind. Jetzt ist eine gute Zeit, um vor Ort Aktionen, Veranstaltungen und Neumitgliedertreffen zu organisieren. Alle Kreisverbände und Mitglieder erhalten Material und verschiedene Vorschläge für Aktionen gegen rechts.

Im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ habt ihr schon viele gute Aktionen auf die Beine gestellt. Besonders im Bereich Gesundheit und Pflege konnten wir uns dadurch spürbar verankern und haben neue Mitglieder gewonnen, die in Pflegeberufen arbeiten. In diesem Sinne wollen wir weiterarbeiten und planen die Fortsetzung der Kampagne mit den Schwerpunkten Gesundheit/Pflege und bezahlbare Mieten. Den Auftakt für die Planung bildet ein Kampagnenworkshop im Januar.

Eine weitere Möglichkeit für Diskussion, zum Zusammenkommen und zum Pläneschmieden ist die \*Linke Woche der Zukunft\* vom 13. – 16. Septem-

ber 2018 in Berlin, zu der wir euch heute schon herzlich einladen. Dort wird es neben spannenden politischen und kulturellen Veranstaltungen auch Orte geben, um über die Partei zu reden, die wir sein wollen und wo wir die drängenden Zukunftsfragen wie Klimagerechtigkeit und Digitalisierung in Angriff nehmen. Jede/r ist eingeladen sich einzubringen.

Zudem wird im Herbst 2018 in Hessen und in Bayern gewählt. In Hessen hatten wir bei der Bundestagswahl ein richtig gutes Ergebnis und auch in Bayern haben wir stark abgeschnitten. 2019 wird in Sachsen gewählt und auch die Europawahl liegt vor uns. Auf diese Wahlen müssen wir uns inhaltlich und praktisch vorbereiten.

#### **Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer**

Wie viele von euch sicher gehört haben, ist Matthias Höhn am 10. November als Bundesgeschäftsführer zurückgetreten. Wir freuen uns darüber, dass Harald Wolf diese Aufgabe bis zum Bundesparteitag im Juni kommissarisch übernimmt. Der Parteivorstand hat unseren Vorschlag in seiner Sitzung am 11. November mit großer Mehrheit bestätigt. Harald Wolf bringt die nötige Erfahrung und Expertise mit, die für die politische Handlungsfähigkeit der Partei in den kommenden Monaten wichtig ist. Er ist ein über die verschiedenen Strömungen hinweg anerkannter Brückenbauer.

Liebe Genossinnen und Genossen, die

aktuelle Situation ist durch viele politische und gesellschaftliche Unwägbarkeiten geprägt. Wir würden uns daher über eure Spenden sehr freuen.

Wir bitten um Überweisung an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00, BIC: BEVODEBE, Berliner Volksbank eG. Unter <https://www.die-linke.de/mitmachen/spenden/> besteht zudem die Möglichkeit online zu spenden.

Wir haben in diesem Jahr Vieles erreicht und Vieles liegt noch vor uns. Packen wir es zusammen an. Werden wir unserer Aufgabe als linke Alternative in diesem Land gerecht – es braucht uns.

Wir wünschen euch schöne und entspannte Feiertage im Dezember und einen guten Start ins neue Jahr.

*Eure Katja Kipping, Bernd Riexinger,  
Harald Wolf, Thomas Nord*



## NEIES VON DAR META

Ne Freitooch hott de Meta iehr Plausische Freindin, de Neideiteln aagerufn. „Nu, mei Gute“, froocht se „woas machst'n Scheenes“ Drauf de Neideiteln, „iech hoo itze Ruh, zen Plätzle backen, weil mei Alter ne Gartn winterfest machen tut.

Aber hoste aa von der riesengroßn Sauerei vom Landwirtschaftsminister Schmidt geheert“ Der Dreck-sack von Minister hott dafier gestimmt dess des Unkrautvernichtungsgift Glyphosat weitere finf Goahr auf unnere Felder gespritzt wern derf. De Umweltministerin Hendricks is strickt geeng des Teifelszeich und will des Gift verbieten. Weils se siech im Berliner Politstadel immer noch net aanich sei, kaa der siech alles arlaum, obwohl er sich hätt enthalten missen. Wenn de amtierende Kanzerlin e weng Arsch in dar Hos hätt, misst se den MonsantoKonzern hörigen Minister Schmidt sofort entlass'n.

Do soocht de Meta; „Glaab ja net dess sich der Schweinehund doo driebler ärscham tät. Den sei Stimmvarhalt'n war doch wie e Bewerbung für nen Job beim Monsanto-Konzern.

Der tät doch glei von den Giftmischern en Postn krieng, wo der noch mehr verdient als wenn der Bundesminister gebliem wär. Die korrupte Politikerbande woas immer, wie se miet nen Arsch an de Wand kimmt!“

*Dieter Riedler*

## "MUT ZUR KORREKTUR" BEI HARTZ IV

Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften - Unser Wunsch Nr. 16

Mit 15 Forderungen hat der Paritätische Wohlfahrtsverband im August 2017 dem Hartz IV-Gesetz den Kampf angesagt. Wie mutig diese Forderungen sind, fand das Sozialforum Göltzschtal bei seinem Treffen am 11. Dezember heraus.

Zur Erinnerung: Im Jahre 2003 wurde unter dem Decknamen Agenda 2010 der Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Arbeitnehmerschutzrechte beschlossen. Versprochen wurde der Bevölkerung umfassende Modernisierung der Wirtschaft, um im internationalen Wettbewerb an die Spitze zu gelangen. Alle in Deutschland lebenden Menschen sollten angeblich davon profitieren können.

Mit der Arbeitslosenhilfe wurde ein ganzer Zweig des sozialen Sicherungssystems abgeschafft. Leiharbeit, Möglichkeiten für befristete Arbeitsverhältnisse und Minijobs wurden ausgebaut. Anspruchsvoraussetzungen für das Arbeitslosengeld wurden eingeschränkt. So gut wie jede Arbeit wurde - gesetzlich begründet - nun zumutbar. Das geschah und geschieht nach wie vor alles unter Druck durch ein perverses Sanktionssystem.

Das soziokulturelle Existenzminimum für betreffende Menschen und deren Familien ist unter diesen Bedingungen nicht mehr gesichert. Dafür haben wir nun garantiert einen Niedriglohnsektor in einem der reichsten Länder der Erde.

Der Paritätische erfasst in seinen 15 Punkten sehr deutlich, wo dringend im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Änderungen notwendig sind.

Einen grundsätzlichen Aspekt vermissen wir in der Auflistung, die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften. Jene förderten nicht den sozialen Zusammenhalt, sondern spalteten in der Vergangenheit Paare, sowie Eltern und Kinder. DIE LINKE fordert eine Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro für jeden, der einen lebenswerten Unterhalt nicht mit eigenen Möglichkeiten erwirtschaften kann, Kindergeld in Höhe von 328 Euro und eine Kindergrundsicherung in Höhe von 564 Euro. Sozialleistungen sind Individualleistungen und dürfen niemals in zwischenmenschliche und familiäre Beziehungen zerstörend eingreifen.

Der Paritätische möchte sein Programm der nächsten Bundesregierung verordnen. Um diese Punkte durchzusetzen, bedarf es einer kompletten Reform von Hartz IV. Der Zurückgewinn an Lebensqualität für Betroffene und deren Familien wäre infolge dessen enorm. Voraussetzung für ein Gelingen ist, dass auch weitere Sozialverbände, -vereine und Mitstreiter, betroffen oder nicht, den Paritätischen bei seinem Vorhaben der Durchsetzung des durchaus weitreichenden und somit „mutigen Korrekturprogrammes“ massiv unterstützen.

*Kathrin Kosche*

### 15-Punkte-Plan des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

1. Missbrauch von Leiharbeit einen Riegel vorschieben
2. Sachgrundlose Befristungen abschaffen
3. Minijobs sozial absichern
4. Solo-Selbständige besser in Sozialversicherungen einbeziehen
5. Mindestlohn anheben
6. Aktive Arbeitsförderung ausbauen
7. Hilfsangebote verlässlich finanzieren
8. Qualifizierungsangebote erweitern
9. Sozialen Arbeitsmarkt schaffen
10. Mindestarbeitslosengeld einführen
11. Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängern
12. Rahmenfrist verlängern und Anwartschaftszeiten verkürzen beim Arbeitslosengeld
13. Zumutbarkeitsregelungen anpassen
14. Sanktionen abschaffen
15. Regelleistungen erhöhen

## DIE TRICKSER SIND IMMER DIE ANDEREN

Die milliardenschweren Steuertricksereien von Großkonzernen sorgen alle paar Monate für einen

Aufschrei in der deutschen Öffentlichkeit. Selbst in der Wirtschaft gibt es längst kritische Stimmen. So fordert der Chef des Bundesverbands mittelständischer Wirtschaft, Mario Ohoven, jetzt ein stärkeres Vorgehen gegen Steuerflucht. Er wittert eine klare Wettbewerbsbenachteiligung des Mittelstands gegenüber international agierenden Großkonzernen. Damit hat der Verbandschef, der es als früherer Finanzberater genau wissen wird, natürlich Recht: Gewinne, Lizenzgebühren und Kreditkosten können nur verschachtelte Holdings über viele Ländergrenzen hinweg steueroptimierend hin- und herschieben. Der Mittelstand ist da schon zu mehr Ehrlichkeit verdammt. Allerdings gilt dieser Befund nur für das Unternehmen selbst, nicht aber für deren Eigentümer: Mittelständische Unternehmerfamilien, die gerne zum Rückgrat der Wirtschaft hochstilisiert werden, treiben es oft besonders bunt, wenn es darum geht, Einkommen-, Kapitalertrag- oder Erbschaftsteuer zu umgehen.

Das macht das Problem der Steuerdebatte deutlich: Es ist der falsche Ansatz, das Stopfen einzelner Schlupflöcher für eine bestimmte Steuerzahlergruppe zu fordern. Es geht um Grundsätzliches: dass sich alle Unternehmen und Personen je nach Einkommen an der Finanzierung des Staates beteiligen.

*Dieter Riedler*

## EINEN SCHRITT VORWÄRTS ZWEI ZURÜCK?

Fand ich doch diese knappe Notiz im Vorbericht über die Kreistagsitzung, die doch neben eher schwammigen Aussagen zu den zukünftigen Müllgebühren (die mit üblicher Mehrheit der CDU/SPD Fraktion als Satzung vorab bereits durch den Kreistag gepeitscht wurde- obgleich eine Gebühren-Kalkulation bestenfalls im Frühjahr vorliegen soll) diese interessanten Zahlen: Da hat eine Fragebogenaktion des Landratsamtes zu Größen von Abfallbehältern - wobei von den Briefen gerademal gut die Hälfte überhaupt beantwortet wurde - stattliche 54 000 € gekostet! Das entspricht etwa dem Betrag, den der Herr Landrat im Jugendbereich zusammenstrich. Sollen doch diese vorrangig ehrenamtlich betriebenen Einrichtungen - doch selbst für die Kosten aufkommen und einsparen, die bereits solcher Aktionen gebeutelten Kommunen einspringen. Ach ja: Ehrenamtliche - das sind jene etwa 30 Million, Bürger, die all jene so wichtigen Aufgaben erfüllen, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, den "Laden" gewissermaßen noch "zusammenhalten". Und sie tun dies aus Idealismus, Verantwortungsgefühl gegenüber anderen und ohne Bezahlung

von einer bescheidenen Entschädigung für persönliche Aufwendungen mal abgesehen - die ausgerechnet Hartz IV -Empfängern von Ihrem Alg II -Almosen auch noch abgezogen wird. Und wenn dann zum "Tag des Ehrenamtes" festgestellt wird, dass in Sachsen immer weniger Menschen zum "Ehrenamt" bereit sind, sollte dies zu denken geben. Eine solche Ursache ist wohl auch diese arrogant -despotische Amtsführung des Landrates und diese erneut unschön drastischen Kürzungen gerade im Kinder- und Jugendbereich. Dürfen die Ehrenamtlichen am Ende dann das Geld von zu Hause mitbringen, während die ohnehin satten Diäten der Politiker ständig steigen?

Wo aber ist denn eigentlich unser Geld geblieben? In welche Tasche von mir aus auch... Fragt man den eigens aus China ausgereisten Finanzexperten namens "Wu sei Pfeng" lächelt der: "Pfeng sei futsch". Sehe ich Eurer ausführlichen Berichterstattung doch um so mehr gern entgegen.

*Jürgen Böhm*





## CDU-FRAKTION IN SACHSEN STIMMT GEGEN KINDERRECHTE IM GRUNDGESETZ

Die Linksfraktion hat gestern im Landtag die Staatsregierung aufgefordert, für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz zu streiten (Drucksache 6/11397). CDU, SPD und AfD lehnten das ab. Dazu erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin Janina Pfau: Brandenburg fordert im Bundesrat mit Unterstützung von Thüringen, Berlin und Bremen die Bundesregierung auf, „einen Gesetzentwurf

zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, der die verfassungsrechtliche Verankerung von Kinderrechten vorsieht, um die Rechtsstellung und das besondere Schutzbedürfnis von Kindern klarer zum Ausdruck zu bringen.“ Wir wollen, dass die sächsische Landesregierung mitzieht – CDU, SPD und AfD stimmten dagegen. Dabei steht diese Forderung sogar im „Regierungsprogramm“ von CDU und CSU!

Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sie brauchen zusätzliche Förder- und Schutzrechte von Verfassungsrang. UNICEF und das Aktionsbündnis „Kinderrechte ins Grundgesetz“ haben einen Formulierungsvorschlag erarbeitet. Wenn nichts geschieht, wird die Kinderrechtskonvention weiter verletzt. Kinderrechte im Grundgesetz würden sicherlich keinem Kind in einer akuten Notlage helfen. Sie wären aber ein stabiles Fundament für eine bessere Kinder- und Jugendpolitik.

Susanne Schaper, Sprecherin für Sozialpolitik, fügt hinzu: "Nicht einmal im Kampf gegen Kinderarmut, der derzeit gravierendsten Bedrohung der Kinderrechte, wird Sachsens Regierungskoalition aktiv. Wir wollen staatliche Schutzpflichten für Kinder! Zwar sind in erster Linie die Eltern dafür verantwortlich, ihren Nachwuchs zu schützen und ihm zu helfen. Doch das darf nicht dazu führen, dass sich der Staat seiner Verantwortung entzieht. Umgekehrt gilt natürlich dasselbe. Jedenfalls ist kein Kind dafür verantwortlich, in welche Verhältnisse es hineingebo- ren wird.

## Vortrag & Diskussion: Reichsbürger Ein zu lange vernachlässigtes Problem?

Referentin:  
**Kerstin Köditz, MdL, Sprecherin für  
antifaschistische Politik der Fraktion  
DIE LINKE im Sächsischen Landtag**

**15.01.2018 - 19:00 Uhr**  
Jugendherberge  
"Alte Feuerwache Plauen"  
(Neundorferstr. 3 , 08523 Plauen)

## GEDENKEN AN KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG

**20. JANUAR 2018**  
**11:30 UHR**  
FALKENSTEIN  
CAROLA-PLATZ

**DIE LINKE.**

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz, damit der Staat, der die soziale Verantwortung für die Eltern mit der Hartz-IV-Gesetzgebung längst abgestreift hat, wenigstens Verantwortung für Kinder übernimmt. Auch das Deutsche Kinderhilfswerk „hofft, dass sich der Freistaat Sachsen der Bundesratsinitiative zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz anschließt. Alle Menschen durchlaufen das Kindesalter und benötigen in dieser Altersphase besondere Rechte, so wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention normiert und von Deutschland mit Ratifizierung anerkannt wurden.“ ~

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

|              |                  |       |
|--------------|------------------|-------|
| M. Chemnitz  | Plauen           | 16.1. |
| I. Meinel    | Klingenthal      | 16.1. |
| I. Meinel    | Klingenthal      | 16.1. |
| J. Bielefeld | Plauen           | 17.1. |
| L. Zimmer    | Auerbach         | 18.1. |
| R. Hofmann   | Bad Brambach     | 23.1. |
| E. Fischer   | Adorf            | 27.1. |
| I. Horn      | Plauen           | 29.1. |
| E. Walter    | Plauen           | 5.2.  |
| V. Großer    | Plauen           | 6.2.  |
| K. Rennwanz  | Plauen           | 10.2. |
| L. Dietzsch  | Heinsdorfergrund | 13.2. |

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

## Der Vogtlandbote

### INTERESSANT?!

*In bestimmten Branchen wird ständig oder regelmäßig an Sonn- oder Feiertagen gearbeitet: 2016 betraf dies 15 % der Erwerbstätigen, 1996 waren es noch 11 %.*  
Quelle: Statistische Bundesamt

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.12.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.01.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinngemäß zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.